



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Heiner Garg (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Aufbau einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein - Hamburg

1. Welche Lehre zieht die Landesregierung aus dem am 15. Oktober 2007 vorgelegten Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) mit dem Titel „Chancen und Potentiale zum Aufbau einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein - Hamburg“?

Die enge Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg blickt auf eine lange Tradition zurück. Das Ergebnis sind eine Vielzahl gemeinsam realisierter Projekte, viele gemeinsam getragene Einrichtungen und eine Fülle von Staatsverträgen und Verwaltungsvereinbarungen, die die Zusammenarbeit auf den unterschiedlichsten Gebieten gestalten.

Eine Analyse des Status Quo stellt der am 16. November 2005 vom Kabinett verabschiedete Bericht „Schleswig-Holstein - Ein starker Partner im Norden Deutschlands. Positionierung der Landesregierung zur Stärkung des Standortes Schleswig-Holsteins“ dar. Gleichwohl muss die Zusammenarbeit beständig gepflegt und durch neue Impulse gestärkt und veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Daran anknüpfend beabsichtigt die Landesregierung mit dem von ihr in Auftrag gegebenen Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft „Chancen und Potenziale einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg“ das im Koalitionsvertrag gesetzte Ziel „Aufbau einer gemeinsamen Verwaltungs- und Wirtschaftsregion“ zu konkretisieren und in Abstimmung mit Hamburg Maßnahmen zur Umsetzung zu erarbeiten.

Der Ministerpräsident hat in seiner Rede auf dem Kongress „Mehr Raum für Wirtschaft“ am 28. November 2007 in Norderstedt neun Vorschläge für wichtige Felder der Zusammenarbeit gemacht. Diese sollen nach Absprache mit Hamburg Gegenstand der weiteren Beratungen im Laufe des Jahres sein. Die Landesregierung wird dem Senat nach der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt gemeinsame Beratungen von Senat und Landesregierung vorschlagen.

Die Landesregierung ist nachdrücklich bestrebt, die Entwicklungsperspektiven der Metropolregion Hamburg in die Zielsetzung des Ausbaues einer landesweiten Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Wirtschaftsregion zu integrieren.

Darüber hinaus hat eine aktive und differenzierte Regionalentwicklungspolitik für die Landesregierung hohe Priorität. Zur Stärkung der Achse Schleswig-Holstein-Hamburg und einer gemeinsamen dortigen Wirtschaftsregion bieten sich auch weitere Projektansätze auf norddeutscher Ebene an. So haben sich die vier norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie die Metropolregion Hamburg erfolgreich beim Bund im Rahmen einer dortigen Projektausschreibung beteiligt. Als gemeinsame Partner sind sie angetreten, zur Umsetzung des MORO-Projektes (Modellvorhaben der Bundesraumordnung zur großräumigen Zusammenarbeit in Norddeutschland) in den Jahren 2008 bis Ende 2009 mehrere wichtige strukturpolitische Kooperationsprojekte voranzubringen. Am 13. Februar 2007 wird eine Auftaktsitzung zum MORO-Projekt stattfinden. .

2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, eine bessere Verzahnung der Wirtschaft mit der Hochschul- und Bildungslandschaft der beiden Bundesländer zu schaffen, um eine gemeinsame Optimierung der Strukturen zu erreichen?

Eine Verzahnung der in der Fragestellung genannten Bereiche stellt ein komplexes Anliegen dar, das die Einbindung zahlreicher Akteure erfordert. Die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung bestehen im Wesentlichen darin, rechtliche Grundlagen zu schaffen, Anstöße zu geben und entsprechende Bemühungen der Akteure zu fördern. Daneben gilt es, Kontakte auf allen Ebenen zu intensivieren und Interessen zusammenzuführen, so dass mehr als bisher von den unterschiedlichen Kenntnissen und Fähigkeiten Gebrauch gemacht werden kann.

Darüber hinaus ist es sinnvoll, Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu verzahnen – zum Beispiel in der Form der in das neue schleswig-holsteinische Hochschulgesetz aufgenommenen Regelung des Technologietransfers. Eine Möglichkeit der besseren Verzahnung bieten funktionierende und leistungsfähige Clustermanagements. Ihnen kommt die Aufgabe zu, die Vernetzung zwischen den Unternehmen und den Forschungs- und Qualifizierungseinrichtungen mit dem Ziel intensiver Kooperationen und gemeinsamer Innovationsvorhaben auszubauen.

3. Welche gemeinsamen Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Gewerbe zu verbessern?

Der sich im offiziellen Anhörungs- und Beteiligungsverfahren befindliche neue Landesentwicklungsplan weist erstmals Landesentwicklungsachsen entlang der nach Norden führenden Autobahnen aus; entlang dieser Landesentwicklungsachsen soll zukünftig die Regionalplanung zusätzliche gewerbliche Entwicklungen an besonders geeigneten Schwerpunktstandorten ermöglichen können. Hierdurch soll Schleswig-Holstein in die Lage versetzt werden, die besondere überregionale Verkehrsanbindung solcher Standorte für weiteres Wachstum und damit zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu nutzen.

Die Empfehlungen des Gutachtens werden geprüft. Ob und ggf. welche Maßnahmen die Landesregierung über die bestehende Zusammenarbeit mit Hamburger Akteuren hinaus ergreifen wird, um die Rahmenbedingungen für Gewerbeansiedlungen in der Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein - Hamburg weiter zu verbessern, wird nach Abstimmung mit der Hamburger Seite entschieden werden.

4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um zukünftig eine bessere clusterpolitische Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg zu erreichen, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung und die konkrete Ausgestaltung von clusterspezifischen Projekten, z.B. in den Bereichen Forschung, Ausbildung und Verkehrsinfrastruktur?

Die Landesregierung sieht sich durch das Gutachten des IfW in ihrer Clusterpolitik grundsätzlich bestätigt. Bereits in den Jahren 2005 und 2006 haben zu den Clustern Life Sciences, Maritime Wirtschaft, Ernährung, Chemie, Windenergie, Luftfahrt, IuK und Medien, Logistik, und Nano-/Mikrotechnologie bilaterale Fachgespräche zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein stattgefunden, die die Zusammenarbeit verbessert haben.

Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wird gemeinsam mit Vertretern der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit die Vorschläge der IfW-Studie sowie Ansatzpunkte für weitere gemeinsame Projekte prüfen. In einzelnen Clustern gibt es neben den schon bestehenden Kooperationsprojekten wie z.B. im Bereich Life Science Planungen für weitere Kooperationsvorhaben:

- Nach Fertigstellung von Hamburger Untersuchungen im April 2008 wird es auf der Grundlage von Potenzialanalysen der Maritimen Wirtschaft Hamburgs und Schleswig-Holsteins Gespräche über die Ergebnisse und Empfehlungen geben. Ausdrückliches Ziel ist eine engere Zusammenarbeit auf der Projektebene. Geprüft wird außerdem, ob das bereits seit 2005 arbeitende schleswig-holsteinische Maritime Clustermanagement gegen entsprechende Kostenerstattung länderübergreifend tätig werden kann und soll.
- Um die positiven Effekte des Hamburger Hafens in die Metropolregion zu lenken, hat die egeb Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH das Projekt „Regionalmanagement Logistik für den schleswig-holsteinischen Teil

- der Metropolregion Hamburg“ gestartet. Dieses Regionalmanagement wird eng mit der Logistikinitiative Hamburg zusammenarbeiten.
- Im Rahmen seines Klimaschutzprogramms entwickelt der Hamburger Senat Aktivitäten für ein Clustermanagement „Erneuerbare Energien“. Hier werden Anknüpfungspunkte zur schleswig-holsteinischen Aktivitäten im Energiebereich geprüft werden.

5. Welche gemeinsamen Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion Hamburg zu optimieren?

Zwischen den Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein besteht grundsätzliches Einvernehmen über den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion. Herausragende Verkehrsprojekte sind insbesondere:

- Nordwestumfahrung Hamburgs im Zuge der A 20
- Sechs- bzw. achtstreifiger Ausbau von A 1 und A 7
- A 21, Ostumfahrung Hamburg
- Bau der Hafenuferspange A 252
- Neubau der A 26 von Stade (A 20) bis Hamburg (A 7)
- Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke zwischen Hamburg, Lübeck/Travemünde
- Ausbau der AKN-Strecke zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt.

Im Rahmen der KND besteht darüber hinaus eine enge Abstimmung mit den anderen norddeutschen Ländern.

6. Wie wird die Landesregierung die Parallelstrukturen im Bereich der Bildung und der Wissenschaften abbauen, um eine effiziente Arbeitsteilung zu erreichen?

Im Bereich der Wissenschaft gibt es in Umsetzung der Empfehlungen der Erichsen-Kommission bereits seit einigen Jahren zahlreiche Gespräche zwischen der Landesregierung und den betroffenen Hochschulen sowie mit dem Hamburger Senat.

Auch zukünftig wird es darum gehen, Konzepte zu entwickeln, wie alle vorhandenen Kapazitäten in Schleswig-Holstein und/oder in Zusammenarbeit mit Hamburg für eine sinnvolle Schwerpunktbildung genutzt werden können, um eine bestmögliche Nutzung der Ressourcen sicherzustellen.

Vor dem Hintergrund der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder haben sich die norddeutschen Wissenschaftsminister bereits Ende 2006 darauf verständigt, die wichtigsten Forschungs- und Transferschwerpunkte Norddeutschlands zu identifizieren. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten der Kooperation und der aufgabenteiligen Schwerpunktsetzung definiert. Ziel ist die Entwicklung einer gemeinsamen Forschungsstrategie. Schleswig-Holstein und Hamburg verstehen sich als Motoren dieser Entwicklung.

7. Wird die Landesregierung den Vorschlag des IfW aufgreifen, eine ständige Clearing- bzw. Koordinationsstelle mit einem Monitoringsystem aufzubauen, um das Leistungsspektrum der Region im Ausland zu präsentieren? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Wenn nein, warum nicht?

Die Empfehlungen der Gutachter werden geprüft.

8. Welche Kooperationen strebt die Landesregierung bei einzelnen Projekten, wie z.B. einem gemeinsamen Großflughafen oder dem A 20-Ring an?

Das Erreichen der Kapazitätsgrenze wird für den Hamburg Airport für einen Zeitraum zwischen 2023 und 2034 erwartet. Die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein haben sich darauf verständigt, im Jahre 2015 die Notwendigkeit für den Bau eines weiteren Großflughafens überprüft wird.

Die Nordwestumfahrung Hamburgs mit westlicher Elbquerung im Zuge der A20 („A 20-Ring“) ist ein schleswig-holsteinisches Schlüsselprojekt und wird von Hamburg unterstützt.